

P o l e n (Seiten A128 – A130)

01) Polen schützt die Frauen

06. 12. 2021



Bildquelle: El Correo de Espana

Polen wird von den Medien und liberalen Parteien oft als ultrakonservatives Land dargestellt, in dem Frauen und Minderheiten von einer Regierung religiöser Fanatiker in ihren Rechten eingeschränkt werden.

Ein patriarchalisches und unterdrückerisches Regime, in dem Frauen alle möglichen Misshandlungen erleiden. Eine Dystopie, wie sie in der beliebten Serie „The Handmaid’s Tale“ dargestellt wird, ein Bild übrigens, das bei den Protestaktionen polnischer linksradikaler feministischer Gruppen weit verbreitet ist.

Doch all diese Propaganda ist nichts als eine monumentale Lüge. Polen ist eines der sichersten Länder in Europa für Männer, Frauen und Kinder, und der Unterschied zu feministischen Ländern wie Schweden, Deutschland oder Spanien ist einfach überwältigend. Jetzt, wo Weihnachten vor der Tür steht, tauchen in den polnischen Städten die typischen Weihnachtsmärkte auf. Es gibt keine bewaffneten Soldaten, die in der Nähe der Straßen patrouillieren – sie befinden sich ja gerade an der Grenze, damit es nicht so weit kommt – und auch keine Betonsperren gegen die Angriffe „psychisch Kranker“, die im fortschrittlichen, multikulturellen Europa immer häufiger werden. Es gibt auch nicht zwanzig

Seite A 129 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 806 vom 16.12.2021

Arten von Ampeln, lila Bänke oder Gemeinden gegen „geschlechtsspezifische Gewalt“, und es gibt auch nicht Hunderte von feministischen Vereinigungen und NROs, die hohe Subventionen erhalten.

Frauen sind durch das Gesetz geschützt. Diese Woche ist ein Jahr vergangen, seit in Polen das „Anti-Gewalt-Gesetz“ in Kraft getreten ist, ein Gesetz gegen häusliche Gewalt, das im Gegensatz zu feministischen Gesetzen nicht die Hälfte der Bevölkerung diskriminiert und die Opfer wirksam schützt, unabhängig davon, ob es sich um Frauen oder Männer handelt. Dieses Gesetz, das im Justizministerium entworfen wurde, ermöglicht es der Polizei, den mutmaßlichen Täter sofort von seinem Opfer zu trennen und ihm für 14 Tage Hausverbot zu erteilen. Während dieser zwei Wochen prüfen die Gerichte den Wahrheitsgehalt des Falles und können die einstweilige Verfügung verlängern oder andere Maßnahmen ergreifen, und natürlich hat die Person, gegen die die einstweilige Verfügung erlassen wurde, das Recht, gegen diese Entscheidung Beschwerde einzulegen.

In dem Jahr, in dem das Gesetz in Kraft war, gab es 3.200 Fälle von häuslicher Gewalt in polnischen Familien. In 96 % der Fälle richteten sich die einstweiligen Maßnahmen gegen Männer, aber auch hier wird nicht unterschieden, wenn der Täter eine Frau ist. Es werden keine unterschiedlichen Maßnahmen je nach Geschlecht des Täters angewandt, das Gesetz ist für alle das gleiche. Das Justizministerium hat außerdem ein System zur langfristigen Unterstützung von Personen eingerichtet, die unter häuslicher Gewalt leiden. In Polen gibt es 336 Zentren zur Unterstützung von Opfern von Straftaten, die unter anderem kostenlose psychologische und rechtliche Hilfe anbieten. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes bis zum 31. Oktober dieses Jahres haben sich rund 9.000 von häuslicher Gewalt betroffene Personen an diese Zentren gewandt. 7.015 davon waren Frauen.

Dieses Gesetz stellt eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem vorherigen Gesetz dar, vor allem wegen der Schnelligkeit, mit der Maßnahmen ergriffen werden. Dennoch gibt es, wie der stellvertretende Justizminister Marcin Romanowski betont, noch Raum für Verbesserungen:

„Der Erfolg der bestehenden Lösungen ist ein Ansporn für weitere Maßnahmen. Die Tatsache, dass die derzeitige Regelung gut funktioniert, bedeutet nicht, dass wir aufhören können zu arbeiten. Wir arbeiten daher an der Verbesserung der derzeitigen Lösungen und überwachen ständig die Funktionsweise des Gesetzes. Auf dieser Grundlage haben wir einen Entwurf für ein Anti-Gewalt-Gesetz 2.0 ausgearbeitet, das den Dienststellen neue Befugnisse zum Schutz von Menschen, die häusliche Gewalt erleben, einräumt. Der neue Gesetzesentwurf sieht die Möglichkeit vor, die einstweilige Verfügung nicht nur im häuslichen Bereich anzuwenden, einen besseren Schutz für Minderjährige und eine Verteidigung gegen Belästigungen im Internet oder in sozialen Medien.“

Dass Polen ein funktionierendes Gesetz zum wirksamen Schutz von Frauen geschaffen hat, ist für die fortschrittliche Maschinerie jedoch irrelevant, die Polen weiterhin für seine Kündigung der Istanbul-Konvention verurteilt. Schlimmer noch: Wie der stellvertretende Minister Romanowski betont, zeigt die Tatsache, dass das Gesetz wirksam ist, nur, dass das ganze Narrativ der Konvention nichts weiter als ein Haufen unwissenschaftlicher Behauptungen ist und dass die Kündigung der Konvention keinen Einfluss auf die Umsetzung echter Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt hat, weil sie wertlos ist.

„Dank des vor einem Jahr verabschiedeten Anti-Gewalt-Gesetzes zeigen wir Europa, dass ein wirksamer Kampf gegen häusliche Gewalt reale und wirksame Mechanismen wie die sofortige Isolierung des Täters von den Opfern beinhaltet und nicht die von der Istanbul-

Konvention propagierte Gender-Ideologie. Dies wurde sogar von der polnischen Linksextremistin Sylwia Spurek erwähnt, die sagte, dass wir mehr für Frauen getan haben als die Europäische Kommission. Leider wollen die Eurokraten dies nicht wahrhaben und versuchen nicht einmal, ein sachliches Gespräch mit uns zu führen.

Diese Woche fand eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse von LIBE und FEMM zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen statt. Wir schlugen die Teilnahme von Experten aus dem Justizministerium vor, die an der Ausarbeitung des Gesetzes gegen Gewalt beteiligt waren. Leider hat das Europäische Parlament ihre Teilnahme blockiert. Zumindest ist klar, dass ihr eigentliches Ziel nicht das Wohlergehen der Frauen und der Kampf gegen häusliche Gewalt ist, sondern die Förderung der Gender-Ideologie“.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten A131 - A133)

02) Konservativer Filmstar Mel Gibson zu Besuch in Ungarn

12. 12. 2021



Gute Nachrichten für Budapest, den neuen sicheren Hafen für westliche Konservative: Mel Gibson war in der Stadt. Ende November waren die Einheimischen froh, den berühmten Schauspieler in der Stadt zu sehen. Jeder kennt Mel Gibson, und Ungarn ist da keine Ausnahme. Der Filmstar hielt sich in der ungarischen Hauptstadt auf, um die Vorgängerserie zur Kinoreihe John Wick, The Continental, zu drehen.

Mel Gibson als bestes Beispiel gegen die Cancel Culture

Als ich die US-Presse nach aktuellen Artikeln über ihn durchstöberte, stieß ich jedoch auf einige sehr interessante Schlagzeilen. „Wie kann Mel Gibson noch Karriere machen?“, fragte Variety. „Mel Gibson ist der lebende Beweis dafür, dass ‚Cancel Culture‘ größtenteils Schwachsinn ist“, schlussfolgerte das Daily Beast.

Die Verfechter der Cancel Culture sind immer schockiert, wenn ihre Methoden nicht funktionieren. Im Laufe der Jahre wurde so viel Mühe darauf verschwendet, Mel Gibson abzuschaffen, aber zu ihrem Entsetzen mögen ihn die Leute immer noch. Wie können sie es wagen?

Die Sache ist die, dass normale Menschen rund um den Globus gute Schauspieler und gute Filme mögen. Und mit „gut“ meine ich nicht witzig, sondern etwas, das man tatsächlich genießen kann. Es gab Zeiten, da war der Hauptzweck von Filmen und Serien nicht die Indoktrination. Wenn man sich jetzt irgendeine neue Serie oder einen Film auf den Streaming-Plattformen anschaut, merkt man, dass alles zweitrangig ist, wenn man es mit der großen ideologischen Botschaft vergleicht. Und das ist wirklich nicht sehr lustig.

In dem oben erwähnten Variety-Artikel wies Howard Bragman, langjähriger Krisenmanager in Hollywood, zu Recht darauf hin, dass „man die PC-Polizei vom Kinopublikum trennen muss“. Er fuhr fort: „Mel Gibson hat keine Karriere ohne Kontroversen hinter sich, und in all dem hat er sich als unglaublich widerstandsfähig erwiesen. Ob richtig, falsch oder gleichgültig, seine Fans haben ihn nicht verlassen – und ich glaube nicht, dass sie ihn jetzt verlassen werden.“

Die Grenzen der politischen Korrektheit

Nun, natürlich nicht! Der Einfluss der politischen Korrektheitspolizei ist begrenzt. Sie ist in einer bestimmten Blase sehr mächtig und kann leicht Karrieren zerstören und Leute schikanieren, aber ihre Logik erreicht nicht unbedingt das Kinopublikum. Das gilt besonders, wenn man bedenkt, dass die amerikanische Popkultur global ist – die Welt ist voll von Kinobesuchern, die ein Dutzend Mel-Gibson-Filme gesehen haben, aber wenig Ahnung von den Skandalen um ihn haben. Oder es interessiert sie einfach nicht, denn warum sollten sie auch?

Die Realität siegt letztlich über falsche Erzählungen, die auf Ideologie und dem Wunsch, die Gesellschaft zu manipulieren, basieren. Ironischerweise erweisen sich diejenigen, die unsere Gesellschaft komplett verändern wollen, mit ihren Bemühungen selbst als falsch, denn sonst müssten sie uns nicht vom Kindergarten an einer Gehirnwäsche unterziehen. Sie wollen, dass wir alles über unsere Existenz, unser Geschlecht, unsere Identität, unsere Herkunft in Frage stellen. Offenbar sollen sich die meisten von uns schuldig fühlen, nur weil sie existieren.

Hollywood-Stars sind in der Regel schmerzhaft langweilig, wenn es um Politik geht. Die meisten von ihnen sagen genau das Gleiche, und nur ihr Prominentenstatus soll ihren Standpunkt hörenswert machen. In der Unterhaltungsbranche herrscht ein immenser Gruppenzwang. Man kann gefeuert werden, wenn man die „falsche“ Meinung hat oder die „richtige“ nicht laut genug vertritt.

Ungarn und das Gefühl der Normalität

Ich habe Budapest als einen sicheren Hafen für westliche Konservative bezeichnet; aber natürlich weiß ich, dass das nicht der Grund ist, warum sie hier The Continental drehen, sondern weil Ungarn ein beliebter Drehort ist. Wenn Mel Gibson jedoch durch Budapest spaziert, kann er etwas erleben, das für die Einheimischen selbstverständlich, für viele konservative Expats jedoch bemerkenswert ist: ein Gefühl der Normalität.

Aus ungarischer Sicht ist die Absurdität der „Annullierungskultur“ und des Bürgerkriegs-Terrors leicht zu verstehen. Wir haben die Brüsseler Eliten, unsere eigene Volkspolizei, die jedes Jahr wütender und frustrierter ist, weil Ungarn trotz ihrer Bemühungen immer noch ein gut funktionierendes Land ist. Viktor Orban hat drei Wahlen gewonnen; der Wirtschaft geht es gut. Das so genannte ungarische Modell ist so stark kritisiert worden, dass man in Brüssel nicht versteht, wie es möglich ist, dass es immer noch funktioniert.

Die ungarische Regierung ist der Meinung, dass es sinnvoller ist, Familien zu unterstützen, als demografische Probleme durch die Zulassung von Masseneinwanderung aus anderen Kulturen zu lösen. Nicht, weil wir andere Menschen hassen, sondern weil wir unsere eigenen lieben und weil es eine ganz einfache Wahrheit ist, dass Masseneinwanderung unhaltbar ist. Laut unserer Verfassung ist „die Mutter eine Frau und der Vater ein Mann“. Ich glaube, das klingt für die meisten Menschen nicht kontrovers.

Wir heißen also Mel Gibson in Ungarn willkommen: Weder er noch unser Land können von den „woken“ Eliten zerstört werden. Aber sie geben sich Mühe, und wir können ziemlich sicher sein, dass sie nicht so bald aufgeben werden.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien bei [„The American Conservative“](#) und wurde von Mariann Öry, Leiterin der Auslandsredaktion und Chefredakteurin der konservativen ungarischen Tageszeitung Magyar Hírlap, erstellt, einem Partner unserer Europäischen Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Slowenien (Seiten A134 – A136)

03) Slowenien: Justizversagen – berüchtigte internationale Drogenhändler gehen frei, während das Parlament die EP-Entschließung zu Totalitarismen ablehnt

Von Peter Truden

09. 12. 2021



Sloweniens versagende Justiz: Berüchtigte internationale Drogenhändler werden vom Obersten Gerichtshof freigelassen, während das Parlament Entschließung des Europäischen Parlamentes zu Totalitarismen erneut ablehnt

Nach drei Jahrzehnten Demokratie in Slowenien sind die Grundsätze der Demokratie noch nicht vollständig von der staatlichen Justiz und dem politischen System übernommen worden.

Der Übergang vom ehemaligen kommunistischen Totalitarismus ist noch nicht abgeschlossen – weder moralisch noch politisch. Das bedeutet, dass Sozialkapital und institutionelle Zwänge die Übergangsjustiz beeinflussen. Studien haben gezeigt, dass die Korruption in einem Land umso geringer ist, je intensiver die Lustration zu Beginn des Demokratisierungsprozesses erfolgt. Doch was passiert, wenn die Lustration nicht

stattfindet? Autoritäre Eliten schreiben dann die Regeln und Gesetze neu und gestalten den politischen Prozess, um auch in einer neu entstandenen Demokratie die politische Macht zu erhalten.

Ehemals totalitäre Strukturen haben sich auch im demokratischen Slowenien festgesetzt. Zwei aktuelle Fälle bestätigen den enormen Einfluss dieser Strukturen, die als tiefer Staat agieren:

Das erste Beispiel stammt vom 26. November 2021, als der slowenische Oberste Gerichtshof das Urteil des Bezirksgerichts in einem berüchtigten Fall namens Balkan Warrior aufhob. In diesem Fall ging es um ein Drogenhandelskartell aus dem Balkan, an dem Beamte aus mehreren EU-Mitgliedstaaten und europäischen Drittländern sowie Geheimdienstinformationen aus den USA beteiligt waren. Der Hauptprotagonist, Dragan Tosić, wurde nach Rechtskraft des Urteils im März 2018 zu 15 Jahren Haft verurteilt. Der Fall ist nicht nur ein Beispiel für die gute Praxis der Zusammenarbeit verschiedener Staaten in Justizangelegenheiten, sondern auch ein Silberstreif am Horizont für den moralischen Kompass der europäischen Gesellschaft.

Doch zwei Monate, nachdem ein abgeordneter Richter Kmet mit dem Fall betraut wurde, ließ der Oberste Gerichtshof Tosić und seine Komplizen auf der Grundlage der Verfahrensentscheidung aus dem Gefängnis frei, obwohl die Überprüfungsakte mehr als 40.000 Seiten umfasste und das Urteil noch nicht öffentlich verkündet oder seine Begründung geschrieben wurde. Es ist daher unklar, wie und auf welcher Grundlage eine solche Entscheidung getroffen wurde. Es ist auch sehr wahrscheinlich, dass ein Gremium von Richtern es besonders eilig hatte, das Urteil bis nächste Woche aufzuheben, wenn ein Gesetz in Kraft tritt, das solche Fälle nicht mehr verjähren lässt. Nun wird das Verfahren verjähren und eine weitere Verhandlung verhindert werden. Was wir jedoch wissen, ist, dass der Prozess von einem Interessenkonflikt geprägt war. Einer der Richter, die die Entscheidung ausarbeiteten, wurde nämlich von dem Richter des Obersten Gerichtshofs betreut, der sich in der Schlussphase aus dem Beratungsverfahren zurückzog, weil er einst Tosić vertrat. Außerdem war Masleša – der Präsident des Senats – der letzte Richter, der im früheren totalitären Regime die Todesstrafe verhängte.

Ein solch eklatanter Interessenkonflikt, eine verblüffende Intransparenz und eine überhebliche Anspruchshaltung sind charakteristisch für das slowenische Justizsystem. Meritokratie, öffentlicher Dienst und Gerechtigkeit für alle sind Begriffe, die ihm noch immer fremd sind.

Das zweite Beispiel stammt vom 25. November 2021, als das slowenische Parlament erneut nicht in der Lage war, die Entschließung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2009 zu europäischem Gewissen und Totalitarismus anzunehmen (angenommen im EP mit 553 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen und 33 Enthaltungen). Das slowenische Parlament lehnte die Entschließung bereits zum vierten Mal seit 2015 ab. Mit anderen Worten: Das slowenische Parlament ist nicht in der Lage, totalitäre Regime für all das Böse, das sie verursacht haben, zu verurteilen. Trotz der Millionen von Menschenleben, die sie weltweit und Zehntausende in Slowenien gefordert haben, ist das slowenische Parlament nicht in der Lage, Nazismus, Faschismus und Kommunismus zu verurteilen. Von den 90 Mitgliedern des Parlaments haben 45 gegen etwas gestimmt, das eine große Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments angenommen hat. Damit haben diese Abgeordneten gegen die historischen, moralischen und politischen Grundlagen der EU gestimmt.

Sie sind offensichtlich ein Teil der hartnäckigen totalitären Strukturen, die in Slowenien noch immer bestehen. Ihr Verständnis von Recht und Gesetz beruht eindeutig auf der Weigerung, sich mit der realen, historischen Wahrheit totalitärer Regime – im Falle Sloweniens des Kommunismus – auseinanderzusetzen. Dies erlaubt ihnen, weiterhin einen selektiven Ansatz im Umgang mit Totalitarismen zu verfolgen und die massiven, systematischen Menschenrechtsverletzungen, die im Kommunismus stattgefunden haben, nicht anzuerkennen. Das entspricht natürlich nicht den Idealen, die die EU vertritt und anstrebt, und auch nicht den demokratischen Werten, Normen und Grundsätzen, auf denen die Rechtsstaatlichkeit beruht. Entfernt man die Fassade und die hochtrabenden Worte, kommt ein totalitärer Wolf im demokratischen Gewand zum Vorschein.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER